

Dienstag 12.6.1990, nachmittags (14:00-17:30)

Wanderungsbewegungen in Europa als Ursache und Folge der Grenzöffnung II

Klaus Feldmann (Vertreter des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge in Österreich):

Die Wanderungsbewegungen in Europa und ihre Bedeutung im globalen Maßstab

Stadt- und Regionalentwicklung

Michael Wagner (Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, Wien):

Wien 2010: Szenarien der Stadtentwicklung im Lichte der Ostöffnung

Nora Hörcher, Sandor Kadas (Budapest):

Stadtentwicklung im östlichen Mitteleuropa: Ein Vergleich von Budapest, Prag und Warschau

Erfahrungen mit grenzüberschreitender regionaler Kooperation

Jose Dekleva (Urbanisticni Institut R.S., Ljubljana):

Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaft Alpe-Adria

Dienstag 12.6.1990 20 Uhr

gemeinsames Abendessen im Rathauskeller

Mittwoch 13.6.1990, vormittags

Fahrt nach Budapest

Mittwoch 13.6.1990, nachmittags

Arbeitsgruppenbesprechungen

Donnerstag 14.6.1990, vormittags

Berichte der Arbeitsgruppen, Abschlusdiskussion

Donnerstag 14.6.1990, nachmittags

Rückfahrt nach Wien, Ende der Veranstaltung

VOM PLAN ZUM MARKT: LIEGT IM RADIKALEN WANDEL DIE STÄRKE?*)

Michael Friedländer
The Nomura Securities Co., Ltd.
Wien

Gliederung:

- I Politik gegenüber dem staatlichen Sektor
- II Konsequenzen radikaler Reformen
- III Die Situation in den einzelnen Ländern
- IV Auswirkungen auf Österreich

*) Nach Tonbandaufzeichnung erstelltes Manuskript. Letzte Überarbeitung durch den Autor im September 1990.

Man kann das Hauptproblem, wie man die planwirtschaftlichen in marktwirtschaftliche Systeme überführt, auf zwei Bereiche zurückführen:

- Der eine ist die Änderung des Allokationssystems von einem zentralen zu einem marktorientierten System.
- Der andere ist die Umänderung der Eigentumsverhältnisse von dominierend staatlichem zu privatem Eigentum.

I. Politik gegenüber dem staatlichen Sektor

In der Frage des Allokationssystems sind sich die meisten Ökonomen im Westen und Osten darin einig, daß es so etwas wie einen "dritten Weg" zwischen Plan und Markt nicht geben kann. Diesen "Dritten Weg" hat Ungarn mit seiner Reform des Jahres 1968 versucht, indem es Planbefehle abgeschafft und statt dessen Marktinstrumente als Mittel zur Erreichung der aggregierten Planziele eingesetzt hat. Dies hat im großen und ganzen nicht funktioniert. Und die Länder, die heute radikal reformieren, tun dies mit dem Ziel, die alten Strukturen der zentralen Allokation abzubauen und durch Marktstrukturen zu ersetzen. Was muß man dazu machen? Man muß eine ganze Reihe von Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen setzen, also Maßnahmen, die die alten Schranken abbauen. Weiters muß man den Zugang zu den Märkten öffnen, und zwar in zweierlei Weise:

- Man muß den Zugang für neue Akteure öffnen, das heißt man darf keinen Unterschied zwischen staatlichen, privaten und ausländischen Akteuren machen und
- Man muß auch den Zugang zu den verschiedenen Produktbereichen öffnen. Jedes Unternehmen soll selber entscheiden können, was es produzieren soll, nicht wie früher, daß bestimmte Produktionen bestimmten Unternehmungen vorgeschrieben waren. In diesem Bereich herrscht breiter Konsens.

Eine Debatte wird dahingehend geführt, inwieweit es möglich ist, die bestehenden staatlichen Unternehmen durch marktorientierte Änderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen dazu zu bringen, daß sie sich auch tatsächlich marktorientiert verhalten und ihre alten durch Verschwendung gekennzeichneten Verhaltensweisen ändern. Da gibt es die eine Meinung, die besagt: man braucht nur diese Rahmenbedin-

gungen zu ändern, entsprechenden Druck durch Nichtgewährung von Subventionen zu erzeugen, z.B. durch das Zulassen von Konkursen etc., und dann werden sich die staatlichen Unternehmen zwangsweise marktorientiert verhalten. Die andere Meinung, repräsentiert in letzter Zeit durch den bekannten ungarischen Ökonomen Kornai besagt, daß eine so enge, auch soziologische Verfilzung zwischen den staatlichen Unternehmen und der staatlichen Verwaltung besteht, daß selbst bei bestehenden formal marktkonformen Rahmenbedingungen die alten Strukturen des Feilschens zwischen den Unternehmen und der staatlichen Verwaltung um Subventionen, um Begünstigungen in den verschiedenen Bestimmungen weiterbestehen werden. Kornai zieht daraus zwei Schlußfolgerungen: Seiner Meinung nach muß man den staatlichen Sektor von der jetzt einsetzenden - und von Kornai begrüßten - Liberalisierung ausnehmen. Das hieße, daß staatliche Unternehmen nicht frei über die Löhne, Importe, Investitionen etc. entscheiden können, denn sie würden das nicht nach dem Gewinnprinzip tun, sondern die alten Verhaltensmuster beibehalten. Sie würden danach trachten, so viele Ressourcen wie möglich an sich zu ziehen, ungeachtet der Konsequenzen auf die Gewinnsituation, da sie sowieso damit rechnen, daß der Staat ihnen bei Schwierigkeiten hilft. Kurz gesagt: Die staatlichen Unternehmen soll man von der Liberalisierung ausnehmen und sie gewissen zentralen Kontrollen unterwerfen, die ihnen - so seine Formulierung - auf die Finger schaut.

Dagegen gibt es das Argument eines anderen ungarischen Ökonomen Bauer: dieser meint, daß der Kornai-Vorschlag die Planwirtschaft wieder durch die Hintertür hereinbringt und den ganzen Reformprozeß konterkariert. Bauer bezieht keine klare Stellung, ob er daran glaubt, daß die staatlichen Unternehmen tatsächlich ihre Verhaltensweisen ändern werden. Jedoch ist er der Meinung, daß der von Kornai vorgeschlagene Weg nicht gangbar ist. Man muß versuchen, die staatlichen Unternehmen dem Zwang des Marktes auszusetzen. Dabei solle man pragmatisch vorgehen und wenn man sieht, daß das nicht funktioniert, versuchen, die Privatisierung, die Entstaatlichung, so zügig wie möglich voranzutreiben.

II Konsequenzen radikaler Reformen

Was wird geschehen, wenn jetzt die Regierungen entscheiden, einen radikalen Reformprozeß in Gang zu setzen, wie das in Polen und in Ungarn geschieht, also indem die staatlichen Unternehmen dem Druck des Marktes ausgesetzt werden? In erster Linie wird es zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit kommen. Denn einige der staatlichen

Unternehmen werden sich eben nicht anpassen können, sie werden insolvent werden. Weil die Reallokation der Ressourcen aus diesen ineffizienten, untergegangenen Unternehmen in neue wachsende effiziente Unternehmen Zeit braucht und in der Zwischenzeit Ressourcen brach liegen, wird Arbeitslosigkeit entstehen. Je radikaler man diesen Reformprozeß durchführt, desto höher wird die Arbeitslosigkeit sein. Es wird zu sozialen Spannungen kommen und es wird dann darauf ankommen, ob eine Situation entsteht, in der die sozialen Spannungen den gesamten Reformprozeß lahmlegen. Ob das geschieht, wird erstens davon abhängen, ob sich die Regierungen, die diese Reformkonzepte durchziehen, auf eine genügend breite politische Basis stützen können. Und zweitens erhebt sich die Frage, ob die Regierungen geschickt genug sein werden, ein Krisenmanagement durchzuführen und ein soziales Netz zu knüpfen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Möglichkeit des Aufbaues eines sozialen Netzes aufgrund des niedrigen Sozialprodukts viel begrenzter ist als im Westen.

III Die Situation in den einzelnen Ländern

Nun zu den einzelnen Ländern. Es soll vor allem der Aspekt behandelt werden, inwieweit die gegenwärtigen wirtschaftlichen Reformkonzepte in den einzelnen Volkswirtschaften von der Überzeugung ausgehen, daß eine Kombination von Plan und Markt nicht machbar ist. Hier sieht man doch auch noch heute ziemliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

Die Sowjetunion war seit dem Beginn der Perestrojka ein klassisches Beispiel für ein Land, das sich der Illusion hingeeben hat, daß eine Kombination von Plan und Markt funktioniert - wenn man das so kurz sagen kann. Das Ergebnis war, daß die Wirtschaft weder nach den alten Planmechanismen funktioniert noch nach dem neuen Marktmechanismus. Dies ist die Ursache für die gegenwärtig debattierten radikalen Reformkonzepte. Diese haben den Nachteil, daß sie die Desintegration der Sowjetwirtschaft fördern.

Über die Wirtschaftsreform in Rumänien ist es schwer etwas zu sagen, weil die neue Regierung erst wenige Monate im Amt ist. Die wenigen Hinweise, die wir haben, sprechen dafür, daß die geplanten Reformen inkonsistent sind. So gibt es z.B. Absicht, für 400 Basisgüter die Allokation über den Plan weiterzuführen. Das wäre ein schlechtes Zeichen. Man wird sehen müssen, ob nach den Wahlen dieselbe Regierung im Amt ist und die Illusion der Kombination von Plan und Markt weiter bestehen wird.

In Bulgarien gibt es schon seit Beginn der sowjetischen Perestrojka einen sogenannten Reformprozeß. Dieser wurde in der Wirtschaft schon unter Schiwkoff eingeleitet und war ebenfalls von verschiedenen Inkonsistenzen gekennzeichnet. Man hat - die Zielsetzungen waren nicht klar formuliert - nicht explizit ausgeführt, daß eine Kombination von Plan und Markt erreicht werden soll. Es wurde aber eine Reihe von Einzelmaßnahmen gesetzt, aus denen man eine solche Absicht ersehen konnte. Es wurde erklärt, daß man Planbefehle zwar abschaffen wird und gleichzeitig hat man angekündigt, daß ein Großteil der Produktion über sogenannte Staatsaufträge an die Unternehmen abgewickelt werden soll. Das Ergebnis ist, daß sich an den hierarchischen und administrativen Beziehungen zwischen staatlicher Verwaltung und Unternehmen wenig geändert hat. Die Zukunft des Reformprozesses in Bulgarien wird vom Ausgang des Konfliktes zwischen den ehemaligen Kommunisten und der Opposition abhängen.

Die Tschechoslowakei plant die Einführung eines umfassenden Reformpakets per 1.1.1991. Dieses umfaßt eine Umstellung des Steuersystems auf westliche Standards, eine restriktive monetäre und fiskalische Politik, die interne Konvertibilität der Krone und eine Privatisierung des Großteils des staatlichen Sektors. Das Programm ist konsistent; sein Erfolg wird von der Feinabstimmung der in ihm vorgesehenen Maßnahmen abhängen, insbesondere davon, ob es gelingen wird, größere Produktionsrückgänge und Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

In Polen ist die Lage wieder anders. Die neue Regierung setzte seit Beginn dieses Jahres einen radikalen Schwung von Reformmaßnahmen in Kraft. Vielleicht ging man sogar zu radikal vor, vor allem was die Inflationsbekämpfung betrifft. Die Regierung hat sich ja bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, - u.a. von westlichen Ökonomen beraten - daß es am besten ist, das Inflationsproblem auf einen Schlag in den Griff zu bekommen. Eine sofortige Kürzung bzw. Streichung von Subventionen wurde vorgenommen. Dies führte dazu, daß die Inflation nach wie vor sehr hoch geblieben ist, daß aber gleichzeitig aufgrund von Lohnkontrollen die Reallöhne drastisch gesunken sind. Hier besteht eine gewisse Instabilität, da die Arbeiter die Senkung ihrer Reallöhne nicht lange hinnehmen werden. Eine Lohn-Preis-Spirale könnte in Gang kommen, die es der Regierung unmöglich macht, die Inflation erfolgreich zu bekämpfen. Es wäre zu überlegen, ob es nicht vernünftiger gewesen wäre, eine schrittweise Politik zu machen, - eben die Reallöhne nicht so drastisch zu kürzen - auch vom Standpunkt der Inflationsbekämpfung aus gesehen. Was die übrigen Maßnahmen in Polen betrifft - also die Herstellung von gleichen Rahmenbedingungen für den inländischen privaten und den

ausländischen Sektor - so sind sie konsistent und positiv zu bewerten. Polen hat überdies mit dem Problem einer großen Auslandsverschuldung zu kämpfen und ohne eine umfassende Umschuldung - die ein de facto Schuldenerlaß eines Teiles der Schulden sein müßte - wird Polen wohl kaum den Handlungsspielraum gewinnen, der ihm ein langfristiges Wachstum ermöglicht. Eine so großzügige internationale Handhabung der polnischen Verschuldung ist mittelfristig nicht auszuschließen.

In Ungarn ist die Umgestaltung der rechtlichen, wirtschaftspolitischen und politischen Rahmenbedingungen am weitesten vorangetrieben. Teilweise geschah dies durch den widersprüchlichen Reformprozeß, der in den 70er Jahren gelaufen ist, und teilweise dadurch, daß in Ungarn die neuen radikalen Reformen schon im Frühjahr 1988 eingesetzt haben. In Ungarn sind weite Bereiche des Wirtschaftssystems schon liberalisiert. Als Untermauerung zwei Beispiele:

- erstens können die Unternehmen ihre Lohnpolitik weitgehend frei bestimmen und
- zweitens ist für etwa 70% der Güter, die im Hartwährungshandel importiert werden, keine Importgenehmigung mehr notwendig. D.h. Unternehmen - egal ob staatliche, private oder ausländische Unternehmen - können, wenn sie nur über genügend Forintbestände verfügen, diese Forintbestände ohne jede Genehmigung in Devisen umtauschen und so Importe tätigen.

Ein anderes Beispiel: ausländische Investoren - also ausländische Teilhaber an ungarischen Unternehmen - können ihre Gewinnanteile frei in den Westen transferieren, ungeachtet dessen, ob das betreffende Unternehmen seine Umsätze, seine Einnahmen in Forint erzielt hat oder durch Exporterlöse in Devisen.

Auch in Ungarn existiert ein Verschuldungsproblem. Die gegenwärtige Regierung und alle vorherigen Regierungen haben ganz strikt jede Umschuldung abgelehnt, sodaß die Verbesserung der Leistungsbilanz wirtschaftspolitische Priorität Nr. 1 ist.

In Jugoslawien sind die Probleme dadurch komplizierter als in den anderen Ländern, da zum Problem der Umwandlung der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft noch die jugoslawischen Charakteristika des Nationalitätenproblems und der Selbstverwaltung kommen. Zum Nationalitätenproblem: Gegenwärtig blockieren sich die regionalen Verwaltungen und regionalen Regierungen gegenseitig, wie auch den Reformprozeß. Die

Selbstverwaltung ist wahrscheinlich ein ganz zentraler Blockierer einer Effizienzsteigerung der Wirtschaft in Jugoslawien, weil sie die Unternehmen dazu bringt, einen zu großen Teil der Gewinne in Löhne auszuzahlen und damit die Investitionsrate senkt. So lange in Jugoslawien keine radikalen Änderungen erfolgen - indem man z.B. die Republik in einem freiwilligen Bund zusammenfaßt und weiters die Abschaffung der Selbstverwaltung erfolgt - wird sich auch keine positive Entwicklung ergeben.

IV Auswirkungen auf Österreich

Nun einige Auswirkungen auf Österreich, aus vielen herausgegriffen. Eine davon ist, daß Österreich aus einer Randlage in eine zentrale Lage durch den Umbruch in Osteuropa kommen wird. Österreich wird davon profitieren und als Standort interessanter werden. Eine andere Auswirkung: Die Kapitalflüsse von Österreich nach dem Osten werden zunehmen. Dadurch werden verstärkt Produktionsverlagerungen durchgeführt werden. Österreichische Unternehmen werden verstärkt Standorte in Osteuropa errichten. Daher - und infolge anderer westlicher Investitionen - wird auch die Importkonkurrenz für andere Anbieter auf dem österreichischen Markt durch Lieferungen aus dem Osten stärker werden. Diese gegenseitige Integration der Wirtschaften ist ein Prozeß, der in der gesamten westlichen Wirtschaft seit dem Weltkrieg stattgefunden hat. Er wird aber einen neuen Schub durch den Umbruch in Osteuropa bekommen. Die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft wird deutlich zunehmen müssen, um in diesem Prozeß nicht Marktanteile zu verlieren.

Zum Schluß sei noch eine Spekulation erlaubt, die die Politik betrifft. Sie bezieht sich auf das bestehende Potential für eine eigenständige österreichische Handelspolitik in Richtung Osteuropa. Es wäre eine Handelspolitik zu betreiben, die die Interessen der osteuropäischen Länder berücksichtigt, ihnen eine gewisse Hilfe anbietet. Wobei Österreich in der Lage ist, eine solche Handelspolitik relativ unabhängig betreiben zu können, im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern, die auf verschiedene wirtschaftliche und politische Bündnisse Rücksicht nehmen müssen. Ein anderer Faktor, der Österreich helfen könnte, ist, daß es aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht immer noch ziemliche Ressentiments in Osteuropa gegen die Bundesrepublik gibt.

Die österreichische Wirtschaft wie auch die österreichische Politik ist als Partner in Osteuropa sicher willkommen. Um dieses Potential für ein eigenständiges österreichisches Handeln auszunützen, wäre es zum einen notwenig, ein größeres Volumen als

gegenwärtig an Hilfe zu geben. Der Zugang der Osteuropäer zum österreichischen Markt müßte weiters noch stärker erleichtert werden, als es gegenwärtig der Fall ist. Ferner müßten auch die politischen Maßnahmen - es gibt ja bereits eine Vorreiterrolle Österreichs, wenn man an die Visabestimmungen etc. denkt - stärker koordiniert werden. Dann könnte eine sehr attraktive Osteuropapolitik Österreichs entstehen.

Ein solch aktives Österreich wäre für die EG ein viel mehr ernst zu behandelnder Partner, als ein Österreich, das eine abwartende und passive Osteuropapolitik betreibt.

SEKTORALE UND REGIONALE DIFFERENZIERUNG VON UMWELTSCHUTZINVESTITIONEN MIT BEISPIELEN DER INDUSTRIE SÜDWESTDEUTSCHLANDS

Jürgen Gernert, Werner Mikus
Geographisches Institut
Universität Heidelberg

Gliederung:

1. Einführung
 - 1.1 Allgemeine Kriterien und Tendenzen
 - 1.2 Umweltschutzinvestitionen im Überblick
2. Beispiele zur sektoralen und regionalen Differenzierung von Umweltschutzinvestitionen der Industrie Südwestdeutschlands
 - 2.1 Ausmaß und Verwendungszweck der Umweltschutzinvestitionen
 - 2.2 Regionale Verteilung der industriellen Umweltschutzinvestitionen
 - 2.3 Umweltschutzinduzierte Einflüsse auf Standort und Interaktion der Betriebe
 - 2.4 Probleme bei der Informationsbeschaffung
 - 2.5 Zusammenfassung